

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

2/XXI/197

Bonn, den 14. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	Neue Vorstellungen sind lebenswichtig	102

Wohin steuert die Bundesregierung?

Von Landrat Edwin Zerbe, MdB

2 - 3	Rückenwind für Stoltenberg ?	60
-------	------------------------------	----

Nach der Bundestagsdebatte über Kernenergie und Weltraumforschung

Von Joachim Raffert, MdB

4	Mitteldeutscher Alltag	33
---	------------------------	----

Aufschlußreiche Mitgliederstatistik des FDGB

5 - 6	Von der Wahrheit entfernt	78
-------	---------------------------	----

England, die EWG und Herr Strauß

Von Egon C. Heinrich

## Neue Vorstellungen sind lebenswichtig

---

### Wohin steuert die Bundesregierung?

Von MdB Landrat Edwin Zerbe

Am 25.3.1966 hat die Bundesregierung allen Staaten eine Friedensnote überreicht mit deutschen Vorschlägen zur Entspannung und zur Sicherung des Friedens. Im letzten Absatz dieser Friedensnote ist darauf hingewiesen, dass es weiterreichender Vorschläge bedarf, um der Welt Sicherheit und Frieden zu geben. Diese Note fand die Billigung aller im Bundestag vertretenen Parteien. Als Sprecher der SPD hat deren stellvertretender Vorsitzender Herbert Wehner in der Bundestagssitzung vom 26. März 1966 die Unterstützung der Opposition ausdrücklich zugesagt. Die SPD hat auch Anfang April diese Note allen der Sozialistischen Internationale angeschlossenen Parteien übersandt mit der Bitte um Unterstützung der deutschen Vorschläge.

Seit dem 25.3. sind nun mehr als sechs Monate verstrichen, ohne dass von seiten der deutschen Bundesregierung der damals beschrittene Weg weitergegangen wurde. Von den angekündigten weiterreichenden Vorschlägen hat man nichts mehr gehört. Auch um andere Dinge, so um die vorausgesagte Ankrüpfung diplomatischer Beziehungen zu einem Staat des Ostblocks, nämlich zu Rumänien, ist es wieder sehr still geworden.

Dabei bestreitet eigentlich niemand mehr, dass sich die Situation für die Lösung der innerdeutschen Probleme in diesen 6 Monaten rapide verschlechtert hat. Das hat niemand deutlicher ausgesprochen als am 11.10.1966 die dem Bundesminister Dr. Krone nahestehende "Politisch-Soziale Korrespondenz" mit ihrer Feststellung, in der deutschen Frageblase den Westdeutschen der Wind ins Gesicht und es gebe keinen Hoffnungsschimmer, dass sich dieses in absehbarer Zeit ändern würde. Die Deutschen hätten keinen Freund und Verbündeten, der bereit wäre, für eine baldige vernünftige Regelung der deutschen Frage ins Feld zu ziehen. Nach einer Sitzung von Präsidium und Politischem Ausschuss des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" erklärte dessen Vorsitzender Dr. Wolfgang Schütz am 4.10.1966, die Untätigkeit Bonns müsse ernste Sorgen bereiten. Er warf der Bundesregierung vor, diese sehe nicht, dass es bei den zu erwartenden Verhandlungen über einen Frieden in Vietnam zwischen den Großmächten auch zu einer Erörterung der europäischen Probleme kommen werde. Wenn die Bundesregierung nicht bald eigene Gedanken vorbringe, dann bestehe die Gefahr, dass die Entwicklung in der Deutschlandfrage falsch laufe.

Die Genfer Abrüstungskonferenz hat sich im September 1966 für ein Jahr vertagt. Das ist schlimm, aber bei weitem nicht so schlimm wie ein völliger Abbruch der Konferenz. Zudem hat sich inzwischen der Eindruck verstärkt, dass die Gespräche zwischen den Großmächten nach der Vertagung in Genf nicht eingeschlafen sind, sondern intensiv weitergehen. Der Abschluss einer Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Präsident Johnson hat sich am 7.10.1966 in einer Rede in New York für eine umfassende Aussöhnung mit dem Osten und eine beiderseitige Verminderung der Truppen in Europa ausgesprochen.

Überall in der Welt regen sich die Politiker, um einen Frieden in Vietnam zu erreichen als Vorstufe für ein Arrangement der Großmächte, das auch die übrigen Streitfragen wenn nicht sofort endgültig lösen, so doch wenigstens entschärfen soll. Weder die Bundesregierung noch die sie tragenden Parteien scheinen zu erkennen, dass diese sich ankündende Veränderung des Ost-West-Verhältnisses deutsche Interessen berührt. In einem einzigen Satz hat der Bundeskanzler bei seinem Bericht über seine Amerikareise am 5.10. vor dem Bundestag darauf hingewiesen, dass wir uns widersetzen müssten, wenn der Versuch gemacht werde, die Entspannung auf unsere Kosten zu verwirklichen. Von konkreten Vorschlägen der Bundesregierung oder auch nur der Andeutung neuer Gedankengänge war wieder nicht die Rede.

Bei dieser Haltung nimmt es eigentlich nicht wunder, dass der Diskussionsbeitrag von Herbert Wehner, der im November in Buchform erscheint und auszugsweise bereits in einer Zeitschrift veröffentlicht wurde, bei der CDU Aufregung ausgelöst hat. Neue Gedanken sind eben in diesem Kreis grundsätzlich verdächtig.

Es soll hier nicht der gleiche Fehler begangen werden, dessen sich die CDU-Fraktion und der Staatssekretär von Heese schuldig gemacht haben, nämlich etwas endgültig zu beurteilen- in ihrem Falle zu verurteilen-, was in seiner vollen Fassung noch gar nicht bekannt ist. Die Diskussion kann erst beginnen, wenn im November das Buch mit den drei Gesprächen vorliegt.

Hier soll nur die Frage aufgeworfen werden: Wohin steuert eigentlich ein Staat, dessen regierende politische Mehrheit grundsätzlich jede neue Idee ohne nähere Prüfung verwirft? Die Haltung der Bundesregierung und der CDU "Wir tun nichts, also hat auch niemand sonst etwas zu tun oder vorzuschlagen" muss uns unweigerlich mehr und mehr zum willenlosen Spielball der Großmächte machen. Unsere Wandlung vom Gesprächspartner zum reinen Objekt der Politik anderer Mächte macht rapide Fortschritte.

Dabei haben sich doch wirklich in den letzten Jahren Änderungen ergeben, die Anlass zu neuen Konstruktionen sein könnten:

1. Es steht heute fest, dass auch nach Meinung der Bundesregierung Verhandlungen mit Pankow im Auftrage der Alliierten möglich sind.
2. In ihrem Memorandum vom August 1965 hat sich die Bundesregierung entgegen der von ihr früher vertretenen Auffassung auch zu der paritätischen Besetzung von Kommissionen bekannt.
3. In der Friedensnote erkennt die Bundesregierung an, daß das Problem der Nichtverbreitung von Atomwaffen nur schrittweise gelöst werden kann. Warum soll diese schrittweise Annäherung, die früher vom Grundsatz her abgelehnt wurde, auch nicht auf anderen Gebieten möglich sein?
4. Nach dem Fernsehfilm "Der deutsche Bund" wurde offen die Möglichkeit zur Wiedervereinigung durch den Zusammenschluss von zwei Teilstaaten diskutiert. Der Vertreter des Bundeskanzlers, Bundesminister Dr. Mende, betonte in seiner Stellungnahme damals lediglich die Gefahr, daß sich aus einem kurzfristigen Übergangsstadium ein endgültiger Status entwickeln könne.

Bei dem immer deutlicher werdenden Versagen der Bundesregierung in der Entwicklung neuer Gedankenvorstellungen ist es Aufgabe der Opposition und ihrer Vertreter, mit eigenen Vorschlägen aufzuwarten. Wer sonst sollte es denn schließlich tun? In dieser Lage die Opposition unter Berufung auf gemeinsame Deutschlandpolitik zum Schweigen bringen zu wollen, heißt die Forderung stellen, die Opposition möge sich die Tatenlosigkeit und Gedankenträgheit der Bundesregierung und der CDU zu eigen machen.

### Rückenwind für Stoltenberg ?

Nach der Bundestagsdebatte über Kernenergie und Weltraumforschung

Von Joachim Raffert, MdB

Die Zweifel, ob die Bundesregierung mit den Fragen fertig werden kann, die die wachsende Bedeutung von Kernenergie und Weltraumforschung stellt, sind nicht beseitigt worden. Minister Stoltenberg hat die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen mit der trockenen Verlesung einer Fleißarbeit der Beamten seines Hauses beantwortet. Die politischen Lichter, die er hätte entzünden müssen, brannten - wenn überhaupt - dann schwach und flackernd.

Richtig ist, daß in den letzten Jahren auf beiden Gebieten Erfolge erzielt worden sind, an denen - das hat Stoltenberg zu Recht erklärt - Wissenschaft und Wirtschaft, Bund und Länder, wenn auch sehr ungleich, beteiligt waren und sind. Aber richtig ist auch - was Stoltenberg ebenfalls erkannt hat - daß diese Erfolge "keinen Anlaß zu Überschwenglichkeit oder gar zu Selbstzufriedenheit" geben.

Wenn der Wissenschaftsminister das weiß und es öffentlich einzugestehen bereit ist, dann muß der Mangel an Konsequenzen überraschen, die die Bundesregierung daraus zu ziehen gewillt ist. Dabei wird, wie auf vielen Gebieten, besonders aber dem der hier tangierten Energiepolitik, die Konzeptionslosigkeit der letzten Regierung Erhard überdeutlich. Im Kernenergiebereich hat erfreulicherweise die Leistung unserer Wissenschaftler und die Bereitschaft zum Engagement in der Industrie die Schwächen der regierungsamtlichen "Atompolitik" überspielt. Daß aber - um nur ein Beispiel zu nennen - auf kommerzielle Aufträge für den Bau deutscher Kernwaffen immer noch nur gehofft, nicht aber gerechnet werden kann, ist eine Folge der auch mit der jetzt geführten Debatte nicht klarer gewordenen verschwommenen Vorstellung der Regierung von der künftigen Rollenverteilung zwischen den klassischen Energiequellen und der neuen, immer rentabler werdenden Kraft aus dem Atom.

Auch unser Anteil an der internationalen Kooperation, vor allem in der über das Versuchsstadium nicht hinausgelangten Europä-

schen Atomgemeinschaft, ist so unzulänglich, daß Stoltenberg darüber nur in Gemeinplätzen sprechen konnte. Das gilt noch stärker für die Effektivität unseres Beitrages zu den internationalen Organisationen der Weltraumforschung und der Raumfahrt. Hier mußte sich der Minister so zurückhaltend äußern, daß nicht zu erkennen war, wie viel wir dort investieren - nicht nur an Geld - und wie wenig bisher für unsere Wissenschaft und Wirtschaft dabei herausgekommen ist. Die finanziellen Belastungen, die die wünschenswerte bilaterale wie multilaterale Zusammenarbeit mit den USA zusätzlich bringen wird, hat er ebenso wenig beschreiben können wie die positiven wirtschaftlich nutzbaren Ergebnisse, die wir von dieser übergreifenden Kooperation erwarten dürfen.

Der Minister, der auch den Beifall der Opposition finden konnte, weil er ihr Konzept bestätigte und zeigte, daß die sozialdemokratische Kritik an der Wissenschaftspolitik der Bundesregierung nicht aus reinem Vergnügen an der Negation kommt, gehört dem Kabinett nicht mehr an: Professor Balke. Er wiederholte Forderungen, die die SPD mit fast schon überstrapazierter Geduld immer wieder vortragen mußte: Zusammenfassung aller Kompetenzen für Forschung und Entwicklung in einem Ministerium, politische Entscheidungen über die notwendige Arbeitsteilung - "Was wollen wir wo machen?" - Einheit aller Förderungsmaßnahmen. Und er bescheinigte der Regierung das Fehlen "langfristiger Projektionen" in der Wissenschaftspolitik.

Noch deutlicher hätte tatsächliche Positionsschwäche der Wissenschaft in der Prioritätenliste der Bundesregierung kaum gezeigt werden können. Der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion erhielt so Rückenwind aus den Reihen der Koalitionsfraktionen, wie ihn sich Stoltenberg für sich erhofft haben mag. Gleichwohl kann seine Stellung im Kabinett Erhard durch die Debatte gestärkt worden sein. Denn seinen geheimen Wünschen entspricht vieles von dem was die SPD fordert und was Balke unterstrich. Er scheint jedoch aus den eigenen Einsichten, die andere mit oder vor ihm gewonnen haben, in dieser Regierung nicht die notwendigen Folgerungen ziehen zu können.

Mitteldeutscher Alltag

Aufschlußreiche Mitgliederstatistik des FDGB

O.S. - Im Zentralorgan des "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" (FDGB) der Sowjetzone, "TRIBÜNE", teilte die Pressestelle des FDGB-Bundesvorstandes kürzlich mit, daß die sowjetzonale Staatsgewerkschaft seit ihrem 6. Kongreß im November 1963 einen Mitgliederzuwachs von rund 175 000 Personen zu verzeichnen habe. Der Mitgliederbestand des FDGB beträgt zur Zeit 6 596 963.

Der Hinweis, daß es sich bei den Neuaufnahmen vor allem um Frauen und Mädchen handelt, braucht niemand zu wundern. Seit Jahren bemüht sich die SED, für ihre Wirtschaftsvorhaben auch die letzten aufzufindenden Arbeitskräfte zu mobilisieren. Dabei konzentrieren sich die Bemühungen der Staats-, Partei- und FDGB-Funktionäre vor allem auf die "Anwerbung" von Frauen und Mädchen, die bis jetzt nicht oder nicht mehr im Arbeitsprozeß standen. Mit der Aufnahme einer Beschäftigung wurden die auf diese Weise "Geworbenen" automatisch im FDGB organisiert.

Was allerdings die am 20. September vom FDGB-Bundesvorstand veröffentlichte Statistik in ein völlig anderes Licht rückt, ist die - unkommentierte - Mitteilung, daß dem FDGB zur Zeit 1 065 349 Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren angehören. Kurz vor dem 6. FDGB-Kongreß, nämlich auf dem "VII. Parlament der FDJ" Ende Mai 1963, teilte der damals im Präsidium des FDGB-Bundesvorstandes für Jugendfragen zuständige Werner Naß (SED) mit, daß im FDGB rund 1,4 Millionen Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren organisiert seien.

Daraus ergibt sich, daß der FDGB seit 1963 bis heute einen Mitgliederchwund von mehr als 300 000 Jugendlichen zu verzeichnen hat. Daß es sich dabei lediglich um eine Erscheinung handelt, die mit den geburtenschwachen Nachkriegsjahrgängen zu erklären ist, trifft nur zur Hälfte zu. Die amtlichen Statistiken der SBZ weisen nach, daß durch die geburtenschwachen Jahrgänge seit 1963 die Gesamtzahl der 16- bis 25-jährigen um rund 150 000 Personen zurückgegangen ist.

Die andere Hälfte des Schwundes an jungen FDGB-Mitgliedern ist eines der vielen Indizien, daß die Jugend Mitteldeutschlands dem SED-Staat und seinen Einrichtungen (wozu auch der FDGB gehört) kritisch und ablehnend gegenübersteht.

Von der Wahrheit entfernt  
-----

England, die EWG und Herr Strauß

Von Egon C. Heinrich

Die Partei des gegenwärtigen Bundeskanzlers hat sich nie gewehrt, die sozialdemokratischen Regierungen europäischer Länder zu diffamieren, wenn es in das wahlpolitische Konzept paßt. Beispiele sind aus den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen noch zur Genüge bekannt. Auch der bayerische Landtagswahlkampf wirft in dieser Hinsicht seine Schatten voraus. So glaubte der CSU-Vorsitzende Strauß kürzlich der Labour-Regierung vorwerfen zu müssen, "daß sie von dem Anschluß an die EWG und von Europa noch meilenweit entfernt sei". Als "Beispiel" nannte Strauß eine Rede, die der Labour-Politiker Gordon Walker vor kurzem auf der gemeinsamen Sitzung von Europäischem Parlament und Europarat in Straßburg gehalten hatte.

Mit Beweisen und mit der Wahrheit hat es nun seine besondere Bewandnis. Herr Strauß kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß er mit seiner Interpretation der Ausführung Gordon Walkers von der Wahrheit meilenweit entfernt ist. Die Rede des ehemaligen britischen Außenministers hat nämlich gerade bewiesen, wie stark in Regierung und Parteien Englands der politische Wille zum Eintritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist.

Beitritt - die einzige Möglichkeit

Gordon Walker, der sicherlich im Sinne von Premierminister Wilson sprach, bezeichnete den Beitritt seines Landes und der übrigen EFTA-Staaten zum Gemeinsamen Markt als die einzige Möglichkeit zur Überwindung der wirtschaftlichen Spaltung Europas. Alle Zwischen- oder Ersatzlösungen, wie sie von Erhard in Skandinavien so sehr befürwortet worden waren, lehnte Walker ebenso wie sein konservativer Kollege Dunvan Sandys entschieden ab. Nach Überzeugung des Labour-Politikers wird Großbritannien noch vor der 1971 Legislaturperiode des Unterhauses Mitglied des Gemeinsamen Marktes sein. Von allen Seiten der Straßburger Versammlung, also auch von den christlich-demokratischen Abgeordneten, wurde seine Rede äußerst positiv aufgenommen.

Im Vergleich zu Erhards skandinavischen Erklärungen schienen die Fronten in Straßburg vertauscht. Es wäre daher interessant zu wissen, wie die in München tagende christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments die Kritik von Strauß an Gordon Walker aufgenommen hat. Der CSU-Vorsitzende bewies allerdings soviel Objektivität, die Erklärungen Erhards in Skandinavien als "entmutigend" zu bezeichnen.

Was Strauß an Gordon Walkers Rede nicht gefiel, ist wohl die Tatsache, daß der Brite eindeutig sagte, von wem bis jetzt noch

immer der Eintritt seines Landes in den Gemeinsamen Markt torpediert wird. Im Januar 1963 waren die aussichtsreichen Beitrittsverhandlungen nicht von England, sondern durch das Veto des französischen Staatspräsidenten de Gaulle abgebrochen worden. Dieses französische "Non" steht noch immer im Raum, darüber können auch noch so hoffnungsvolle Erklärungen französischer Staatssekretäre nicht hinwegtäuschen. Paris verlangt von London, daß es die Römischen Verträge und die bisher gefaßten Beschlüsse der EWG voll und ganz akzeptiert als Voraussetzung für den Beitritt. Es ist aber evident, daß England die Agrarpolitik der EWG in der jetzigen Form nicht übernehmen kann. Außerdem kann schwerlich erwartet werden, daß England einen Vertrag buchstabengetreu übernimmt und erfüllt, an dessen Ausarbeitung es nicht beteiligt war.

Das alles sind Fragen, über die man sich, sofern der beiderseitige politische Wille zur Einigung vorhanden ist, im Laufe einer mehrjährigen Übergangszeit, evtl. auch nach dem Beitrittsbeschluss wird einigen können. Die EWG-Agrarpolitik muß 1970 ohnehin revidiert werden. Vertragsänderungen werden automatisch bei der Verschmelzung der drei Gemeinschaftsverträge erforderlich, die im Laufe von drei Jahren nach der Fusion der Exekutiven von EWG, Euratom und Montanunion vollendet sein soll.

#### ... eine Katastrophe für ganz Europa

Es hat indessen den Anschein, daß Paris seine Forderungen für den Beitritt Englands bewußt so hoch schraubt, daß sie für London unannehmbar sind und daß der Schwarze Peter für ein Scheitern der Verhandlung dann auf der andern Seite des Kanals läge. Ein erneutes Fiasko bei Englandverhandlungen wäre aber eine Katastrophe für ganz Europa. Sie würde wahrscheinlich zum Zerfall der EWG und zum Ausbruch eines wilden Zoll- und Wirtschaftskrieges führen, von den weltpolitischen Folgen für den alten Kontinent ganz abgesehen.

Frankreich erwartet offenbar neben der Übernahme der Römischen Verträge durch London auch eine einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik. Der EWG-Vertrag sieht aber eine gleichgerichteten Politik der Partnerstaaten auf diesen Gebieten nicht vor. Das Paradoxe ist, das Frankreich selbst am wenigsten bereit ist, den EWG-Vertrag dem Buchstaben und Geist nach zu erfüllen. Herr Strauß hat seine Vorwürfe daher ganz offensichtlich an die falsche Adresse gerichtet.

+ + +